



Interviews

Bundesverfassungsgericht entscheidet zu Parlaments-Beratungen über Heizungsgesetz

Interview mit Amira Mohamed Ali, Co-Fraktionsvorsitzende der Linken im Bundestag

"Informationen am Morgen", 7.7.2023, 7:15 Uhr

Dirk-Oliver Heckmann: Am Telefon begrüße ich jetzt dazu Amira Mohamed Ali, Co-Vorsitzende der Bundestagsfraktion Die Linke im Deutschen Bundestag. Schönen guten Morgen, Frau Mohamed Ali.

Amira Mohamed Ali: Guten Morgen!

Heckmann: Das Bundesverfassungsgericht schützt die Rechte der Abgeordneten, hat eine abschließende Beratung des GEG zunächst gestoppt. Wie dankbar sind Sie den Richterinnen und Richtern in Karlsruhe dafür?

Mohamed Ali: Ich halte das für eine richtige Entscheidung, denn in der Tat, dieses Verfahren war so nicht in Ordnung. Bäbel Bas hat es ja – das war in Ihrem Einspieler auch noch mal zu hören -, finde ich, sehr richtig gesagt. Es geht nicht, dass Gesetze immer im Eilverfahren, im Krisenmodus durch das Parlament gepeitscht werden. Nein, man braucht ordentliche Verfahren. Deswegen finde ich diese Entscheidung richtig.

Heckmann: Verdanken tun Sie das allerdings dem CDU-Abgeordneten Thomas Heilmann, der als einzelner Abgeordneter nach Karlsruhe gezogen war. Wenn das ganze Verfahren doch so unzumutbar war aus Ihrer Sicht, weshalb haben Sie sich der Klage nicht angeschlossen?

Mohamed Ali: Wir haben sehr klar auch das Verfahren kritisiert. Auch der Ausschussvorsitzende Klaus Ernst von der Linken hat das ganz klar kritisiert. Wir finden das insofern inhaltlich vollkommen richtig. Ob man jetzt den Klageweg geht, das ist eine Entscheidung, die man dann fällen muss. Wir haben uns in diesem Fall dagegen entschieden, eine Klage zu führen, aber wir haben es in Öffentlichkeit deutlich kritisiert.

Deutschlandfunk
Ein Programm von Deutschlandradio
Raderberggürtel 40
50968 Köln

Fragen und Anmerkungen an: hoererservice@deutschlandradio.de

Heckmann: Weshalb haben Sie sich dagegen entschieden? Wenn der Abgeordnete der CDU nicht nach Karlsruhe gegangen wäre, dann würde die abschließende Beratung ja heute stattfinden.

Mohamed Ali: Wir haben uns dagegen entschieden, weil wir der Auffassung waren, das in Öffentlichkeit zu kritisieren. Aber wie gesagt, ich begrüße dieses Urteil, und ich finde es richtig, dass das so entschieden worden ist.

Heckmann: Der Verfassungsrichter Joachim Wieland macht daran ein Fragezeichen. Er spricht von einem bemerkenswerten Eingriff in die Autonomie des Bundestages. Denn das Vorgehen der Ampel-Fraktionen – Sie haben es gerade kritisiert – sei allerdings von der Geschäftsordnung des Parlaments gedeckt, und die Geschäftsordnung werde eigentlich immer sehr hochgehalten.

Mohamed Ali: Das stimmt, das ist von der Geschäftsordnung gedeckt. Deswegen war im Rahmen des Bundestages auf formalem Wege auch nichts dagegen zu tun. Aber das Verfassungsgericht hat festgestellt, dass die Abgeordneten Rechte haben, sich in einer angemessenen Zeit mit den Gesetzesvorlagen zu beschäftigen.

Ich möchte hier noch mal sagen: Es geht hier ja auch nicht um irgendwas. Es geht hier um ein Gesetz, das sehr großen Einfluss nimmt auf das Leben von sehr vielen Menschen in unserem Land, und das ist etwas, das man wirklich gut beraten muss, und da ist ein Eilverfahren wirklich nicht angemessen.

Heckmann: Halten Sie es denn wirklich für sinnvoll, dass das Verfassungsgericht jetzt dermaßen in die Autonomie des Bundestages eingreift? Denn was heißt schon „angemessen“? Das muss man ja in jedem Fall einzeln entscheiden, denke ich, oder?

Mohamed Ali: Ich teile diese Meinung nicht. Ich bin der Auffassung, dass das Gericht hier richtig entschieden hat und dass es darum gehen muss, dass man normale Verfahren hat und nicht immer nur im Krisenmodus ist. So sehe ich das.

Ich möchte noch mal darauf kommen, um was es hier geht. Es geht hier um ein Gesetz, das Einfluss hat auf das Leben von sehr vielen Menschen. Es geht hier darum, es droht das Mietensteigen. Es geht hier darum, dass Menschen drohen, eventuell ihre Häuser zu verlieren, weil sie sich die Umbaukosten nicht leisten können, dass Kommunen überfordert werden.

Das sind Dinge, die viel Einfluss haben, und da finde ich es richtig, dass man darüber vernünftig beraten kann.

Heckmann: Der Oppositionsführer Friedrich Merz hat jetzt der Rheinischen Post gesagt, vielleicht sei die Entscheidung aus Karlsruhe ja auch eine Ermutigung für Bundestagspräsidentin Bärbel Bas, in Zukunft stärker darauf zu achten, dass die Rechte der einzelnen Abgeordneten und der Minderheiten besser geschützt werden. Sehen Sie da Bärbel Bas und das Präsidium auch in der Pflicht? Sehen Sie da Versäumnisse?

Mohamed Ali: Ich sehe bei Bärbel Bas da keine Versäumnisse, weil es ist ja gerade schon gesagt worden, die Geschäftsordnung ist eingehalten worden. Aber ich sage es noch mal: Es geht hier um ein Gesetz, das enormen Einfluss hat, und zwar droht es, auch negativen Einfluss zu haben auf das Leben vieler Menschen in unserem Land, und das muss man vernünftig beraten.

Heckmann: Die Ampel-Fraktionen verzichten jetzt darauf, die Abgeordneten während der Sommerpause aus dem Urlaub zu holen. Ist das aus Ihrer Sicht eine weise Entscheidung?

Mohamed Ali: Was heißt „weise Entscheidung“? – Das muss die Ampel-Koalition entscheiden. Weisheit kann ich da jetzt nicht erkennen. Es ist die Entscheidung, das im September zu machen, und dann werden wir das im September entsprechend beraten. Eines kann ich Ihnen jetzt schon versprechen: Wenn das Gesetz nicht mehr verändert wird – und das haben sie ja angekündigt, dass es das nicht wird -, dann wird Die Linke dem so nicht zustimmen können.

Heckmann: Die Union fordert einen Neustart des ganzen Gesetzes, fordert eine inhaltliche Diskussion nach der Sommerpause über das Gesetzesvorhaben, stellt auch einen entsprechenden Antrag heute im Bundestag. Werden Sie dem zustimmen?

Mohamed Ali: Wir haben einen eigenen Entschließungsantrag zu dem Heizungsgesetz und werden den dann auch entsprechend einbringen, wenn das ins Parlament kommt. Wir hatten das für diese Woche auch schon vorbereitet, in dem wir Punkte kritisieren, die unserer Ansicht nach in dem Gesetz nicht richtig sind, auch die Dinge, die fehlen. Das betrifft vor allem die vernünftige Förderung. Es wird – das muss man wissen – in dem Heizungsgesetz zwar angekündigt, aber es ist nicht mal geregelt, nicht mal konkret geregelt, wie denn eigentlich die Förderung aussehen wird, wie denn Familien unterstützt werden, die mit hohen Kosten

belastet werden. Das ist überhaupt nicht geregelt. Stattdessen ist aber zum Beispiel geregelt, dass es Vermietern erlaubt wird, einen Teil der Kosten des Heizungsumbaus auf die Mieter aufzuschlagen. Was die Umbauten der Gebäude angeht, die ja auch erheblich sein können, die Umbaukosten, die können wiederum ganz normal mit der Modernisierungsumlage aufgeschlagen werden. Das heißt, da droht große Teuerung. Das ist ein Punkt, den wir in Deutlichkeit kritisieren. Es geht nicht, dass Mieten deswegen steigen.

Ein weiterer Punkt ist der: Es braucht eine vernünftige kommunale Wärmeplanung. Das hat die Regierung inzwischen erkannt, dass es so etwas braucht.

Heckmann: Das ist da jetzt integriert und miteinander verzahnt.

Mohamed Ali: Moment, Moment! Aber die braucht auch eine vernünftige Förderung. Wenn ich hier wirklich eine Wärmewende will und wenn ich möchte, dass Kommunen auf diese Art und Weise umsteuern und auf diese Art und Weise Gebäude umbauen und entsprechend das auch in den Kommunen geschehen kann, dann braucht es auch eine vernünftige Förderung. Das geschieht nicht von selber. Das sind alle Punkte, die nicht bedacht werden. Deswegen bleibt es dabei: Wir werden das ablehnen und wir werden einen Antrag einbringen, in dem wir genau diese Punkte, die ich gerade genannt habe, kritisieren und dazu auffordern, dass das aufgenommen wird.

Heckmann: Aber es ist ja nicht so, dass die Ampel-Koalition sich nicht auf Fördermaßnahmen verständigt hätte. Die Modernisierungsumlage, die Sie gerade angesprochen haben, die die Mieter trifft, die ist beschränkt auf 50 Cent pro Quadratmeter, und eine Förderung soll es geben bis zu 70 Prozent, jedenfalls für Menschen mit wenig Geld.

Mohamed Ali: Soll es geben!

Heckmann: Pardon! Ich würde die Frage gerne noch zu Ende stellen, Frau Mohamed Ali. – Als Opposition sagen Sie natürlich, wir brauchen mehr. Bloß wie das seriös finanziert werden soll, das bleiben Sie schuldig.

Mohamed Ali: Zwei Dinge dazu. Erstens: Ja, das ist richtig. Die Modernisierungsumlage ist gedeckelt ganz konkret für den Heizungstausch. Was aber nicht gedeckelt ist sind die Umbaukosten am Haus. Das heißt, hier droht es, dass weitere Kosten auf die Mieterinnen und

Mieter zukommen. Das heißt, das ist zwar eine Deckelung für einen Teil, aber es wird zu Teuerungen kommen. Das wissen wir jetzt schon.

Das zweite, Sie haben es genau richtig gesagt: Es ist vorgesehen, dass es da eventuell Förderungen gibt. Wie die konkret aussehen, was da genau in die Verordnung kommt, das wissen wir überhaupt nicht. Dieses Gesetz schreibt nur vor, dass es eine Verordnung geben kann, in der die Förderung geregelt wird, aber nicht, wie die aussieht. Insofern ist das auch eine Nebelkerze, muss man ehrlicherweise sagen, denn es gibt keine konkrete Zusage, wie die Förderung aussieht.

Wie man das finanziert? Selbstverständlich haben wir da umfangreiche Konzepte. Das bleiben wir überhaupt nicht schuldig. Wir haben insgesamt große Konzepte dafür, wie man zum Beispiel eine vernünftige Steuerreform einführt, die dazu führen wird, dass man auch eine Vermögenssteuer einführt, die dazu führt, dass da entsprechende Gelder auch zur Verfügung gestellt werden, und, und, und. Auch eine Umverteilung innerhalb des Haushaltes zum Beispiel, dass man verzichtet darauf, dass man jetzt extrem aufrüstet, dass man das Zwei-Prozent-Ziel einhält, all solche Dinge. Natürlich haben wir Konzepte dafür, wie das finanziert werden soll.

Heckmann: Der Heizungsstreit, Frau Mohamed Ali, hat eine große Verunsicherung in der Bevölkerung ausgelöst. Das erkennt man auch an den Umfragen. Seit gestern Abend liegt der neue Deutschlandtrend von Infratest dimap vor. Da liegt die AfD bei 20 Prozent. Das ist der Höchstwert bei Infratest jedenfalls. Die Linke liegt bei vier Prozent. Die Linke schafft es nicht, von der schlechten Performance der Ampel zu profitieren, aber die AfD. Viele sagen, das liegt am parteiinternen Streit innerhalb Ihrer Partei. Zuletzt hatte der Parteivorstand ja Sahra Wagenknecht aufgefordert, ihr Bundestagsmandat zurückzugeben, weil sie darüber nachdenkt, eine eigene Partei zu gründen und sie offensichtlich auch praktisch vorbereitet. Es hieß, eine Zukunft der Linken sei eine Zukunft ohne Sahra Wagenknecht. Seitdem hat man nicht mehr viel davon gehört. Hat der Bundesvorstand seine Forderung klammheimlich wieder eingepackt?

Mohamed Ali: Ich bin ja selber kein Mitglied des Parteivorstandes, sondern ich bin die Vorsitzende der Fraktion im Bundestag. Diese Entscheidung, ich habe sie damals kritisiert, weil ich der Auffassung bin, dass das etwas ist, was Streitereien nicht reduziert, sondern eher befördert. Sie haben schon recht, die öffentlichen Streitereien sind für uns als Partei nicht gut. Aber wie der Vorstand jetzt vorhat, weiterhin damit umzugehen, das kann ich Ihnen nicht sagen.

Heckmann: Haben Sie eine Empfehlung?

Mohamed Ali: Ich bin der Auffassung, dass wir als Linke nicht in der Situation sind, dass wir zu viele Mitglieder haben, sondern eher zu wenig, und ich glaube, dass wir hier dringend zusammenstehen sollten. Denn Sie haben es genau gesagt: Wir erleben gerade eine Situation, in der die extreme Rechte in Deutschland erstarkt.

Heckmann: Und da ist sogar Platz für eine Parteikollegin, die eine eigene Parteigründung vorantreibt?

Mohamed Ali: Vielleicht darf ich den Satz zu Ende sagen? – Da braucht es meiner Ansicht nach eine starke Linke und da braucht es starke Antworten von links, um dem Einhalt zu gebieten, denn wir sehen ja, die Menschen, die die AfD wählen – das belegen ja Umfragen -, das sind ja nicht alle Menschen, sondern eher in einem kleinen Teil Leute, die der Meinung sind, das Programm der AfD ist richtig. Es sind viele Menschen, die Angst haben, die zweifeln sind, die der Auffassung sind, dass sie nicht mehr gehört werden, und das ist ein Thema, das man ernstnehmen muss, und das müssen auch wir als Linke ernstnehmen.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Der Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.